

Berner Politik

Verantwortung fürs Volksvermögen

Magdalena Martullo

über nicht gerechtfertigte Entschädigungen von Managern



Unternehmer investieren ihr Vermögen ins Unternehmen und führen das Geschäft. Sie sind mit Geld und ihrer persönlichen Existenz gebunden. Im Misserfolg (man denke an Rolf Erb) verlieren sie beides. Anders ein Manager. Läuft es nicht rund oder bekommt er ein besseres Angebot, wechselt er die Stelle.

Investoren hingegen haben Geld, sind aber auf Manager angewiesen. Als Anreiz sollen diese viel verdienen, wenn sie erfolgreich sind – aber wenig, wenn sie es nicht sind. Dieses System wenden wir im oberen Kader der Ems Chemie schon lange erfolgreich an. In der Privatwirtschaft be-

stimmen Investoren über Entschädigungen. Den Staat braucht es nicht.

Anders dort, wo der Staat selber Investor ist. Bei Unternehmen wie Swisscom, SBB oder den mehrheitlich staatlichen Energieunternehmen muss der Staat (oder seine Regierungsvertreter) die Entschädigung des Managements festlegen. Bei den Energiefirmen haben die verwöhnten Kantone in den letzten Jahren, trotz fehlender Geschäftsstrategie, riesigen Wertebussen und Verlusten kaum Einfluss genommen. So hat die Geschäftsleitung von Repower im letzten Jahr ohne Gewinn fast gleich viel verdient wie die Ems-Geschäftsleitung.

Gerade bei Unternehmen, bei denen im Verlustfall der Staat einspringen muss, weil sie «too big to fail» (also «zu gross, um unterzugehen») oder «systemrelevant» (also ganze Wirtschaftssysteme gefährdend) sind, sind hohe Entschädigungen bei hohen Verlusten nicht akzeptabel. Es

geht auch nicht an, dass man das Vergütungssystem aushebelt, indem man Altlasten (wie Bussen, Überbewertungen, etc.) herausrechnet und niemand mehr dafür aufkommen will. Nicht gerechtfertigte Boni der Vorjahre gehören zurückgefordert. Bei den Grossbanken und bei den grossen Industriebetrieben sind inzwischen wenigstens die privaten Aktionäre aufgewacht und lehnen solche Vergütungstricks immer häufiger ab.

In Bern steht die Entschädigung von Bundesbetrieben zur Debatte. Dabei müssen auch der Auftrag und die Bemessung des Erfolgs für das Management geklärt werden. Denn, ob angenehm oder nicht, auch Politiker haben als «Vermögensverwalter des Volkes» ihre Rolle wahrzunehmen und bei Misserfolg auf grosszügige Entschädigungen des Managements zu verzichten!

* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin